

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 16. Dezember 1987

Blatt 2726

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Heuer in Wien bereits 81.000 Temposünder (2727/FS: 15.12.)

Vom Konsumentenschutz zur Frauenservicestelle: Arbeit für den Bürger (2728/2729)

Bezirkskoordinatoren bestellt (2730)

5,6 Millionen Schilling für die medizinische Forschung in Wien (2731/2732)

Neue Einbahnregelung im 21. Bezirk (2733)

Sallaberger: Ringturm-Sanierung muß auch wirtschaftlich geplant werden (2734)

Bezirke:

Sitzungen der Bezirksvertretungen (2733)

Kultur:

Biedermeier-Ausstellung im Künstlerhaus (2735)

Heuer in Wien bereits 81.000 Temposünder

Zilk für drakonische Strafen

Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der „Aktion gegen Schnellfahrer“, die im Juni 1986 zwischen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER vereinbart worden war, wurden im vergangenen November 8.991 Temposünder registriert, um zehn Prozent mehr als im November 1986. Dies gab Bürgermeister Zilk heute, Dienstag, in seiner Pressekonferenz bekannt. 398 Lenker, die von den mobilen Radargeräten erfaßt wurden, waren mit mehr als 100 km/h im Stadtgebiet unterwegs (Spitzenwert 167 km/h auf der Heiligenstädter Straße). In den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres wurden insgesamt 81.000 Schnellfahrer angezeigt, bzw. mit Organmandaten bestraft. Bürgermeister Zilk meinte, daß gegen die Raser drakonische Strafen eingesetzt werden müssen. Raserei auf den Straßen sei kein Kavaliersdelikt, sondern „Barbarei“ und daher mit ebensolchen Strafen zu bekämpfen, betonte Zilk.

Weiters berichtete der Bürgermeister von der Garagenaktion der Stadt Wien, in deren Rahmen seit Oktober Garagenparkplätze zu äußerst günstigen Sondertarifen vor allem im innerstädtischen Bereich angeboten wurden. Bis Anfang Dezember wurden 514 Plätze vergeben.

Türkenwitz im Schulbuch „schwere Fehlleistung“

Zu der umstrittenen Passage in dem neuen Schulbuch „Lebendige Sprache 3“ — an einem darin enthaltenen „Witz“ war heftige Kritik geübt worden — meinte Zilk, es handle sich um eine schwere Fehlleistung, die den Autoren allerdings in bester Absicht unterlaufen sei.

Gerade in einer Stadt wie Wien, in der viele Gastarbeiter leben und deren Kinder zur Schule gehen, hätten „Witze“ dieser Art in Schulbüchern nichts verloren, sagte der Bürgermeister. Er empfahl in diesem Zusammenhang dem Stadtschulrat, bei bereits ausgelieferten Büchern die umstrittene Passage mit den Kindern aufzuarbeiten und zu überkleben sowie die restliche Auflage nur in korrigierter Form vom Verlag zu übernehmen. (Schluß)
red/rr

Bereits am 15. Dezember 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Vom Konsumentenschutz zur Frauenservicestelle: Arbeit für den Bürger

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Die Nahversorgung in Rand- und Siedlungsgebieten muß, etwa durch fliegende Händler oder mobile Filialen von Supermärkten, verbessert werden. Für die Konsumenten soll es verstärkte Informationen und eine eigene Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung geben. Die Frauenservicestelle im Stadtratsbüro wird nicht nur für persönliche Gespräche oder Hilfe bei Problemen da sein, sondern auch bei Frauenprojekten helfen und z. B. in der Arbeitswelt für verstärkte Schulung und Förderung der Frauen sorgen. Bei Staatsbürgerschaftsverleihungen soll der bürokratische Vorgang möglichst verkürzt werden, und generell ist das „Zu-seinem-Recht-kommen“ zu erleichtern — unter anderem durch verständliche Gesetzestexte und verständliche Formulare. Auch der ausgezeichnet funktionierende Bürgerdienst — er ist sozusagen „für alle und alles da“ — wird weiter ausgebaut; und zum Dienst am Bürger gehört schließlich auch weiterhin die strenge Kontrolle der Lebensmittel samt der Gemüseanbauflächen: Das sind nur einige der Arbeitsschwerpunkte des Ressorts Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Über ihre Vorhaben berichtete Stadträtin Christine SCHIRMER gestern, Dienstag abend bei einem Pressegespräch.

Konsumentenschutz und Nahversorgung

In einer Zeit, in der ständig neue Produkte auf den Markt kommen und der Konsument relativ stark manipuliert wird, ist der Konsumentenschutz wichtiger denn je. Hier gibt es u. a. folgende Schwerpunkte:

- Wien hat das wirkungsvollste Lebensmittel-Kontrollsystem Österreichs; dieses System muß beibehalten und weiter ausgebaut werden. Auch über die strenge Kontrolle der Gemüseanbauflächen und Gemüseprodukte muß der Konsument immer wieder informiert werden.
- Für Frühjahr 1988 ist die Schaffung einer eigenen Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung geplant.
- Besonders wichtig ist die Verbesserung der Nahversorgung in Rand- und Siedlungsgebieten. Oft gibt es hier keinen Greißler mehr, speziell ältere Menschen und Frauen mit Kleinkindern stehen vor großen Problemen. Gemeinsam mit den Kammern bzw. Interessensvertretungen soll versucht werden, fahrende Händler oder mobile Filialen von Supermärkten in diese Gebiete zu bringen.
- Verstärktes Einbinden des Konsumentenschutzbeirats, verstärktes Propagieren des Konsumententelefon und Konsumentenschutz-Informationen mit den Schwerpunkten Spraydosen, unnötige Verpackung usw. sind geplant.
- Zum Thema Ladenschluß hat Stadträtin Schirmer ihr Ressort und sich als Koordinatorin für Gespräche zwischen Interessensvertretungen und Gewerkschaft angeboten, um zu einer für alle akzeptablen Lösung zu kommen. Grundsätzlich spricht sich die Konsumentenstadträtin für konsumentenfreundlichere Öffnungszeiten aus, dabei sollten jedoch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und nicht den Handelsangestellten neue Belastungen aufgebürdet werden. Gemeinsam mit der Stadt sollten Unternehmer und Gewerbe aber auch Aktionen überlegen, um österreichische Waren auch für jene Konsumenten attraktiver zu machen, die gerne im Ausland einkaufen.
- Im Bereich der Stadt selbst wird in Zukunft auch mehr Rücksicht auf den Kauf umweltfreundlicher Produkte genommen werden.

Frauen und Frauenservicestelle

Frauen stellen immer noch den Großteil der schlechter bezahlten Arbeits-

Forts. auf Blatt 2729

kräfte, erhalten für gleiche Arbeit meist weniger Lohn und sind in vielen Entscheidungsgremien unterrepräsentiert. Mit der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst wurde nun erstmals in der Geschichte der Stadt ein Ressort geschaffen, in dem die Bedeutung der Frauenfragen ausdrücklich dokumentiert wird.

- Im Stadtratsbüro wurde dazu eine eigene Frauenservicestelle installiert (sie erhält eine eigene Telefonnummer und ist einmal wöchentlich bis in die Abendstunden für die Frauen da). Hilfe bei Problemen, Kontaktgespräche mit Frauengruppen, Hilfe bei Frauenprojekten, positive Mitgestaltung durch Frauen in allen Lebensbereichen und verstärkte Schulung und Förderung von Frauen in der Arbeitswelt gehören zu den Aufgaben der Frauenservicestelle.

Recht und Staatsbürgerschaft

Der Zugang zum Recht, das „Zu-seinem-Recht-kommen“, muß allen Menschen gleichermaßen möglich sein, umständlich formulierte Gesetze oder Formulare und eine Flut von Verordnungen behindern dieses Recht.

- Fortsetzung der Rechtsbereinigungs-Aktivitäten, ständige Überprüfung der Gesetze auf Aktualität.
- Überprüfung der Gesetzestexte auf Verständlichkeit.
- Formulare und Drucksorten verständlich und geschlechtsneutral abfassen sowie möglichst vereinheitlichen. Beim Staatsbürgerschaftswesen sollten wir daran denken, daß Wien eine Stadt ist, die seit Jahrhunderten ihre Impulse durch den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern erhält.
- Es wird daher verstärkt darauf geachtet werden, jene Menschen, die österreichische Staatsbürger werden wollen, dabei zu unterstützen — z. B., indem der bürokratische Vorgang möglichst verkürzt wird und speziell für Gastarbeiterkinder (Gastarbeiter der zweiten Generation) in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Erleichterungen geschaffen werden.

Mit dem Bürger – Bürgerdienst

Die Zusammenarbeit mit dem Bürger ist eines der wichtigsten Ziele der Kommunalpolitik — der Bürger ist Partner der Stadtverwaltung, nicht Bittsteller. Ein wichtiger Schritt zu verstärkter Einbindung der Bürger in Entscheidungen ist die Dezentralisierung ab 1988; auch der Bürgerdienst erhält neue Aufgabenstellungen:

- Erweiterung der Bürgerdienst-Außenstellen — möglichst eine pro Bezirk — und EDV-unterstützte Arbeitsweise.
- Das Angebot des Bürgerdienstes, „für alle und alles“ dazusein, hat sich bewährt und wird auch in Zukunft beibehalten. Er stellt ein echtes Service- und Hilfezentrum im Bezirk dar, soll aber auch Katalysator für gesellschaftlich wünschenswerte Aktivitäten wie mehr soziales Bewußtsein, gegenseitige Hilfe usw. sein.
- Das Büro für Bürgerinitiativen wird weiterhin Anlaufstelle für initiative Bürger sein, wird jedoch verstärkt darauf achten, auch jenen Gruppen, die sich nicht so gut artikulieren können wie etablierte bzw. im Umgang mit Medien erfahrene Initiativen, Gehör zu verschaffen.

Weitere Schwerpunkte

sind u.a. die Durchführung des neuen Wiener Tierschutzgesetzes, die Arbeit an einer neuen Grünanlagenverordnung, die Fortsetzung der Nahversorgungserhebungen, die Auswertung der Personenstandserhebung, Sanierungen bei verschiedenen Märkten, vermehrte Kontrollen bei der Fleischproduktion (Ende 1988 laufen hier Übergangsfristen nach der Fleischhygieneverordnung ab), die kommende Spielplatzverordnung, eine weitere Bauordnungs-Novelle, die u.a. Erleichterungen für Behinderte bringen wird, Novellen bzw. Durchführungsverordnungen zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz, Wünsche an den Bundesgesetzgeber zur Straßenverkehrsordnung. (Schluß) hrs/gal

Forts. von Blatt 2728

Bezirkskoordinatoren bestellt

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Dezentralisierung ist es nun ernst geworden. Erstmals stehen im Jahr 1988 den Bezirken eigene Budgets zur Verfügung. Dies erfordert natürlich auch im Magistrat selbst entsprechende organisatorische Konsequenzen. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION hat in diesem Zusammenhang jetzt insgesamt sieben Bezirkskoordinatoren bestellt. Ihre Aufgabe ist es, die Bezirksvorsteher bei der Wahrnehmung der dezentralisierten Aufgaben zu beraten und als Vermittler zwischen den Organen des Bezirkes und den städtischen Dienststellen zu fungieren. Bandion zur „RATHAUSKORRESPONDENZ“: „Wie ernst die Bemühungen genommen werden, die gestiegenen Anforderungen infolge der Dezentralisierung soweit wie möglich ohne Dienstpostenvermehrung zu bewältigen, zeigt der Umstand, daß diese sieben Koordinatoren ihre neue Aufgabe zusätzlich zu ihrer bisherigen dienstlichen Tätigkeit übernehmen.“ (Schluß) ger/bs

5,6 Millionen Schilling für die medizinische Forschung in Wien

Fonds des Bürgermeisters fördert 19 Projekte

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch vormittag im Rathaus Förderungsmittel in der Höhe von 5,6 Millionen Schilling an Wiener Ärztinnen und Ärzte, die damit Forschungsarbeiten auf nahezu allen Gebieten der Medizin durchführen. Mit diesem Betrag unterstützt der „Medizinisch-Wissenschaftliche Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ 19 Forschungsvorhaben, und zwar 5 medizinische Projekte mit gesundheitspolitischen Aspekten, 9 klinisch-medizinische Forschungsprojekte und 5 Projekte mit reiner Grundlagenforschung. An der Überreichung nahmen auch die Stadträte Maria HAMPEL-FUCHS und Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ teil.

Stacher über Kosten im Gesundheitswesen

Stadtrat Stacher, der auch Präsident des Kuratoriums des Fonds ist, betonte bei der Überreichung, daß Wien das einzige österreichische Bundesland ist, das die Forschungstätigkeit seiner Ärzte mit 10 Millionen Schilling pro Jahr fördert. Dazu kommen weitere Forschungsförderungen durch die Hochschuljubiläumsstiftung und über die Ambulanzgelder der Kliniken im Allgemeinen Krankenhaus.

Zur Diskussion in der Öffentlichkeit über die Kosten des Gesundheitswesens erklärte der Stadtrat, in der Gesundheitspolitik dürfe man nicht primär über das Geld reden, sondern über die Ziele. Es soll erreicht werden, daß die Menschen gesund bleiben und daß Kranke sobald wie möglich geheilt oder wenigstens ihre Leiden gemildert werden. Dazu sind aber auch soziale Hilfen im Umfeld des Patienten erforderlich. Es muß zu einer Integration von Außenversorgung und Krankenhaus kommen. Eine Kostensenkung im Krankenhaus allein ist nicht möglich, wenn Kranke in das Spital gebracht werden, nur weil sie keine Heimpflege haben.

Abschließend hob der Gesundheitsstadtrat hervor, daß die Wiener Medizinische Schule, die Krankenhäuser und die vielen praktischen und Fachärzte sehr viel für die Gesundheit der Bevölkerung in Wien leisten, jedenfalls mehr als die Mediziner in vielen anderen Städten Welt.

Geförderte Projekte

Eines der geförderten Forschungsvorhaben beschäftigt sich zum Beispiel mit der Belastung, der Rauchfangkehrer am Arbeitsplatz durch Staubverunreinigungen ausgesetzt sind. Dadurch können Erkrankungen der Atemwege und der Lunge auftreten. Die Untersuchung der Spurenelemente und Schwermetalle im Blut, im Harn, in den Haaren und im Speichel von Rauchfangkehrern soll nun klären, ob spezielle Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen.

Ein weiteres Projekt ist die Begleitforschung beim Betrieb des Sozialmedizinischen Nachbarschaftszentrums Unterpenzing, das von 7 Ärzten gegründet worden ist. Dabei soll auch die Rentabilität einer intensiveren Hauskrankenpflege untersucht werden.

„Die Wirkung der Akupunktur bei Migräne“ soll nach den üblichen klinischen Kriterien überprüft werden. Teilstudien haben schon bisher gezeigt, daß die Migräne in vielen Fällen durch Akupunktur erfolgreich behandelt werden kann. Jetzt soll die Wirksamkeit aber auch in einer Versuchs-anordnung wie bei der Überprüfung von Medikamenten getestet werden. Die klinische Anerkennung der Akupunkturbehandlung könnte dazu führen, daß Migränepatienten wesentlich weniger Medikamente benötigen.

Weitere geförderte Projekte sind unter anderen die Isolierung neuer Wachstums- oder Zellzyklus-Kontrollgene zur Verwendung in der Tumordiagnostik, eine Studie über eine computergestützte Klassifikation von Gefäßstörungen in den Beinen und eine Feldstudie in Wien über das Schielen.

Bisher 302 Projekte gefördert

Seit 1978 wurden durch das Kuratorium des Fonds insgesamt 610 Anträge bearbeitet und dafür rund 1.250 Gutachten eingeholt. Bis Mitte 1987 wurden schon 302 Projekte mit einem Gesamtbetrag von 106,6 Millionen Schilling gefördert. Die Förderungsbeträge liegen zwischen 4.400 und 1.500.000 Schilling. Die von Wiener Ärzten generell durchgeführten Forschungsarbeiten wurden in 9 Bänden dokumentiert. Derzeit wird bereits der 10. Band bearbeitet.

Die Gründung des „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ wurde auf Initiative von Bürgermeister Leopold GRATZ am 22. Mai 1978 vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Zweck des Fonds ist es, die wissenschaftlichen Arbeiten von Wiener Ärzten zu fördern und zu dokumentieren. (Schluß)sc/gal

Forts. von Blatt 2731

Neue Einbahnregelung im 21. Bezirk

Wien, 16.12. (RK-LOKAL) In Floridsdorf treten morgen, Donnerstag, neue Einbahnregelungen in Kraft. Die Liesneckgasse wird Einbahn von der Überfuhrstraße zur Audorfstraße und die Audorfstraße wird Einbahn von der Liesneckgasse zur Weißenwolffgasse. Diese neue Regelung wird durch den Bau einer großen Wohnhausanlage sowie durch das Verkehrsaufkommen beim Jedleseer Friedhof notwendig. (Schluß) pz/rr

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 16.12. (RK-BEZIRKE) Am Freitag, dem 18. Dezember, finden Arbeitssitzungen der Bezirksvertretungen von Hietzing und Liesing statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist jeweils die Beschlußfassung des Bezirksbudgets 1988.

- Hietzing: Festsaal des Amtshauses, 13, Hietzinger Kai 1-3, 16.30 Uhr.
- Liesing: Festsaal des Amtshauses, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, 15 Uhr.

(Schluß) end/rr

Sallaberger: Ringturm-Sanierung muß auch wirtschaftlich geplant werden

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den Äußerungen von FP-Gemeinderat Walter PRINZ im Zusammenhang mit dem Planungswettbewerb zur Ringturm-Sanierung stellte heute, Mittwoch, Planungsstadtrat Günther SALLABERGER fest, daß jede Planungstätigkeit auch auf wirtschaftliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen müsse.

Die Feststellungen von Gemeinderat Prinz, sicherlich vor allem aus der Sicht eines Baumeisters getroffen, seien daher nur so zu verstehen, daß dieser offenbar Planungsüberlegungen ohne Rücksicht auf diese wirtschaftlichen Gegebenheiten auf Kosten anderer anstelle. Er, Sallaberger, sei jedenfalls positiv davon angetan, daß noch unter seinem Amtsvorgänger Schritte eingeleitet wurden, um den Ringturm besser in das Ensemble des 1. Bezirkes einzupassen. (Schluß) lf/gg

Biedermeier-Ausstellung im Künstlerhaus

Wien, 16.12. (RK-KULTUR) Im Wiener Künstlerhaus ist vom 17. Dezember 1987 bis 12. Juni 1988 die Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien „Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien. 1815-1848“ zu sehen. Die Ausstellung gibt in sechzehn Themen ein umfassendes Bild dieser Epoche, die durch großartige künstlerische Leistungen ebenso geprägt war wie durch die restriktive Haltung der Obrigkeit in bezug auf Gesellschaft und Kultur. Dem bis heute sprichwörtlichen bürgerlichen Leben des Biedermeier — vielfach ein Rückzug aus der Wirklichkeit — stand die beginnende Industrialisierung und das Elend breiter Bevölkerungsschichten gegenüber. Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK sprach im Rahmen der Presseführung diese Ambivalenz der Periode an, die zu zeigen der Ausstellung gelungen sei. Pasterk wies auch auf die Bedeutung der Ausstellung wie überhaupt des gesamten Ausstellungswesens für die Wiener Kulturpolitik hin und dankte in diesem Zusammenhang Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und ihrem Vorgänger, Stadtrat Franz MRKVICKA, für ihre Bemühungen um diesen Sektor. Schließlich wies sie auch auf die Verdienste des verstorbenen Direktors des Historischen Museums, Hofrat Robert WAISSENBERGER, um die Vorbereitung der Ausstellung hin. Pasterk dankte auch dem nunmehrigen Museumsdirektor, Dr. Günter DÜRIGL, dem gesamten wissenschaftlichen Personal des Museums und dem Ausstellungsgestalter Boris PODRECCA für ihre Arbeit.

Die Ausstellung umreißt die Thematik in sechzehn Themenbereichen, wobei das politische Spektrum der Zeit ebenso berücksichtigt wird wie die künstlerischen Leistungen auf den Gebieten der Musik, der Literatur, des Theaters, der Bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, Architektur und Wohnkultur, das Alltagsleben in der Stadt, der Aufbruch von Wissenschaft und Technik, aber auch der Freizeitbereich im Biedermeier runden das Spektrum bis hin zum „Aufbegehren“, zur Revolution des Jahres 1848 ab.

Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintrittspreis beträgt 60 Schilling. Ermäßigungen gibt es für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Militärs in Uniform und Senioren (Montag bis Freitag von 13 bis 16 Uhr). Weiters gibt es ermäßigte Familien-, Gruppen- und Schulklassenkarten. Der Ausstellungskatalog kostet 440 Schilling, die Ausstellungszeitung für Kinder und Jugendliche 30 Schilling. (Schluß) gab/gg